



„Man darf die Franzosen nicht nerven“ — wie Paris das Land auf eine Ära permanenter Krisen vorbereitet

Der Satz wirkt beiläufig, fast volkstümlich. „Il ne faut pas emmerder les Français“ – man dürfe die Franzosen nicht zusätzlich belasten. Gesagt hat ihn Premierminister Sébastien Lecornu bei der Vorstellung neuer Hilfen gegen die steigenden Energiepreise infolge der Eskalation im Nahen Osten. Doch gerade in seiner demonstrativen Einfachheit offenbart dieser Satz einen bemerkenswerten politischen Wandel in Frankreich.

Denn Paris beginnt sichtbar, die Bevölkerung nicht mehr auf eine vorübergehende Krise einzustimmen, sondern auf einen dauerhaften Ausnahmezustand.

Die französische Regierung spricht inzwischen mit einer Nüchternheit über geopolitische Risiken, die vor wenigen Jahren noch ungewöhnlich gewesen wäre. Lecornu erklärte offen, der Konflikt im Nahen Osten werde „unter der einen oder anderen Form andauern“. Selbst unter günstigen Bedingungen rechne man erst gegen Herbst mit einer gewissen Stabilisierung der Lage. Gleichzeitig warnt die Regierung vor Szenarien, die bislang eher in sicherheitspolitischen Think-Tanks diskutiert wurden: Angriffe auf Öl-Infrastrukturen, Unterbrechungen maritimer Handelsrouten, mögliche Blockaden der Straße von Hormus oder von Bab al-Mandab.

Damit verschiebt sich der politische Ton in Frankreich fundamental. Die Regierung versucht nicht mehr, Unsicherheit rhetorisch zu kaschieren. Sie integriert sie zunehmend in die staatliche Kommunikation.

Die neue Sprache der Dauerkrise

Die eigentliche Bedeutung von Lecornus Satz liegt deshalb weniger im Inhalt als im politischen Unterton.

„Die Franzosen nicht nerven“ bedeutet in diesem Kontext nicht bloß soziale Rücksichtnahme. Es ist die implizite Anerkennung einer politischen Verwundbarkeit: Der französische Staat weiß, wie schnell wirtschaftlicher Druck in offene Revolte umschlagen kann.

Die Erinnerung an die Gelbwesten-Proteste von 2018 ist dabei zentral. Kaum ein anderes Ereignis hat die französische Elite derart erschüttert. Ausgelöst wurde die Bewegung ursprünglich durch eine vergleichsweise begrenzte Erhöhung der Kraftstoffsteuer. Doch innerhalb weniger Wochen entwickelte sich daraus eine nationale Protestwelle gegen Kaufkraftverluste, soziale Ungleichheit und die als arrogant empfundene technokratische Führung Emmanuel Macrons.



„Man darf die Franzosen nicht nerven“ — wie Paris das Land auf eine Ära permanenter Krisen vorbereitet

Seitdem hat sich im Élysée ein strategisches Dogma verfestigt: Energiepreise sind kein rein ökonomisches Thema mehr. Sie sind eine Frage der inneren Stabilität.

Genau deshalb lehnt Lecornu eine allgemeine Senkung der Kraftstoffsteuern ab. Solche Maßnahmen wären kurzfristig populär, langfristig jedoch fiskalisch kaum kontrollierbar. Stattdessen setzt die Regierung auf gezielte Kompensationen für besonders exponierte Gruppen: Pendler, Pflegepersonal, Landwirte, Taxiunternehmen oder Logistikbetriebe.

Das ist politisch hoch aufschlussreich. Der französische Staat versucht nicht mehr, Krisen vollständig abzufedern. Er versucht vielmehr, ihre gesellschaftliche Sprengkraft zu begrenzen.

Frankreich entdeckt die Logik der Krisenökonomie

Darin zeigt sich eine tiefere Verschiebung der französischen Staatsphilosophie.

Über Jahrzehnte beruhte das französische Sozialmodell auf einem impliziten Versprechen: Der Staat schützt die Bevölkerung umfassend vor den Härten globaler Märkte. Ob Finanzkrise, Pandemie oder Energiepreisschock — Paris reagierte traditionell mit massiven Interventionen, Preisdeckeln, Subventionen oder staatlicher Kreditaufnahme.

Während der Energiekrise nach dem russischen Angriff auf die Ukraine erreichte diese Logik ihren vorläufigen Höhepunkt. Frankreich begrenzte Strom- und Gaspreise administrativ und absorbierte Milliardenkosten über den Staatshaushalt. Die öffentliche Verschuldung stieg weiter an; sie liegt inzwischen deutlich über 110 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Doch die Spielräume schrumpfen. Die Kombination aus hohen Zinsen, schwachem Wachstum, steigenden Verteidigungsausgaben und strukturellen Defiziten zwingt Paris zunehmend zu Priorisierungen. Die Regierung kann nicht mehr jede Krise vollständig neutralisieren.

Deshalb entsteht nun eine neue Form französischer Krisenpolitik: selektive Entlastung statt universeller Absicherung.

Diese Entwicklung ist keineswegs auf Frankreich beschränkt. In ganz Europa lässt sich eine ähnliche Tendenz beobachten. Staaten versuchen, Dauerbelastungen administrativ zu steuern, statt sie vollständig zu kompensieren. Doch in Frankreich besitzt diese Strategie



„Man darf die Franzosen nicht nerven“ — wie Paris das Land auf eine Ära permanenter Krisen vorbereitet

eine besondere politische Brisanz, weil dort soziale Erwartungen an den Staat traditionell höher sind als in vielen anderen europäischen Ländern.

Der geopolitische Realismus kehrt zurück

Bemerkenswert ist zudem die neue Offenheit, mit der französische Regierungsvertreter geopolitische Risiken ansprechen.

Noch vor wenigen Jahren dominierte in Europa die Vorstellung, globale Wirtschaftsverflechtung wirke letztlich stabilisierend. Energie galt primär als Marktfrage, nicht als geopolitische Verwundbarkeit. Spätestens seit dem Ukrainekrieg zerfällt diese Annahme.

Nun verschärft der Nahostkonflikt die Unsicherheit erneut. Frankreich signalisiert seiner Bevölkerung dabei indirekt: Die Phase kalkulierbarer Globalisierung ist vorbei.

Lecornus Aussagen passen deshalb in ein größeres strategisches Muster. Europa bereitet sich mental auf eine Welt vor, in der Lieferketten fragiler werden, Energie teurer bleibt und geopolitische Schocks häufiger auftreten.

Dazu kommt ein zweiter Faktor: die sicherheitspolitische Aufrüstung. Frankreich plant massive Investitionen in Verteidigung, Rüstungsproduktion und strategische Infrastruktur. Präsident Macron spricht seit Jahren von „strategischer Autonomie“ Europas. Diese Linie erhält durch die aktuellen Krisen zusätzliche Legitimation.

Doch Aufrüstung, Energiesicherheit und industrielle Resilienz kosten Geld. Viel Geld. Die politische Herausforderung besteht deshalb darin, diese Transformation sozial akzeptabel zu gestalten.

Die Psychologie der Anpassung

Gerade hier entfaltet Lecornus Satz seine eigentliche Funktion.

Die Regierung versucht, einen schmalen Grat zu beschreiten: Sie muss die Bevölkerung auf härtere Zeiten vorbereiten, ohne Alarmismus auszulösen. Sie muss Ernsthaftigkeit vermitteln, ohne Panik zu erzeugen. Und sie muss erklären, warum der Staat künftig nicht mehr jede



„Man darf die Franzosen nicht nerven“ — wie Paris das Land auf eine Ära permanenter Krisen vorbereitet

Belastung vollständig kompensieren kann.

Das erklärt den auffallend technokratischen Ton der Regierungskommunikation. Die Krise wird nicht dramatisiert, sondern verwaltet. Man spricht über gezielte Hilfen, über Belastungsverteilung, über Resilienz und Anpassung.

Darin liegt eine stille pädagogische Botschaft: Die Bürger sollen lernen, Unsicherheit als Normalzustand zu akzeptieren.

Das ist politisch riskant. Denn Frankreich bleibt ein Land mit hoher Protestkultur und tiefem Misstrauen gegenüber Eliten. Jede Wahrnehmung sozialer Ungerechtigkeit kann schnell explosiv werden. Gleichzeitig scheint die Regierung überzeugt zu sein, dass eine Rückkehr zur alten Stabilitätsillusion nicht mehr möglich ist.

Die eigentliche Aussage lautet daher nicht: „Der Staat schützt euch vor der Krise.“

Sondern: Der Staat versucht, die Gesellschaft durch eine Epoche permanenter Krisen hindurch steuerbar zu halten.

Das ist ein fundamentaler Unterschied — und möglicherweise die eigentliche politische Zeitenwende dieses Moments.

P.T.